Lande ließ König Alexander bereits seinen Urlaub unterbrechen; es scheint unausbleiblich, daß das staatsrechtliche Gefüge Jugoslawiens durch diese jüngsten tragischen Vorgänge betroffen wird.

*

Am 11. August feiert die Deutsche Republik ihren Verfassungstag. Er ist kein gesetzlicher Feiertag. Seine Erklärung zum gesetzlichen Feiertag müßte erst vom Deutschen Reichstag beschlossen werden, was bisher nicht geschah. Man ist bemüht, den Verfassungstag zu dem Nationalfeiertag der Deutschen zu gestalten. Dabei muß aber darauf hingewiesen werden, daß bei den Abstimmungen im Reichstag eine große Opposition vorhanden war, die den 11. August nicht als Nationalfeiertag haben möchte. Niemand kann in Deutschland die Tatsache übersehen, daß ungefähr die Hälfte unseres Volkes den 11. August als Nationalfeiertag ablehnt. Wenn aber ein Nationalfeiertag festlich in Deutschland begangen werden soll, dann muß er auf der Liebe des gesamten Volkes basieren, sonst ist er kein Nationalfeiertag. Das soll weiter nichts als die Feststellung einer nüchternen Tatsache sein. Vielleicht einigt man sich in der kommenden Zeit im Reichstag auf einen Nationalfeiertag, der von allen Teilen der Bevölkerung anerkannt wird. Das wäre im Sinne der deutschen Einheit zu begrüßen.

*

Die in der Reichshauptstadt in den Tagen vom 3. bis 6. August stattgehabten Marinetage ließen alten Ruhm unserer Flotte noch einmal aufleben. Wir sahen noch einmal, wie viel Heldentum vergeblich auch zur See geleistet wurde — doppelt schwer ergriff uns das auf Deutschland lastende Geschick. Die Worte, die in diesen Tagen der französische Marschall Foch, gewiß ein grimmer Gegner, sprach, zeigen deutsches Verschulden besonders eindringlich: Deutschland brauchte nicht zu verlieren, konnte noch am Rhein standhalten, ein deutscher Gambetta, wie er den Franzosen Mitte Oktober 1870 erstand — fehlte.

*

Einige Veröffentlichungen aus neuester Zeit! Zunächst einmal Herrn Parker Gilberts — des Reparationsagenten neuester Bericht! Deutschland leistete vom 1. September 1927 bis 31. Juli 1928 (viertes Reparationsjahr) die Riesensumme von 1,68 Milliarden Goldmark, dabei verblieben immer noch zugunsten des Reparationsagenten 131 Millionen Goldmark. Frankreich erhielt allein fast ebensoviel wie die zehn anderen Gläubigerstaaten zusammen; die Kosten der interalliierten Kommissionen in den elf Monaten betragen nicht weniger als 8,5 Millionen Goldmark. Zum Nachdenken empfohlen!

Man hörte vor kurzem, daß der neue Reichskanzler Müller-Franken sich gegen jede aktive deutsche Kolonialpolitik ausgesprochen habe. Das trifft zu, doch geschahen diese Aeußerungen nicht vom Platze des Reichskanzlers aus, sondern sind Ansichten von Hermann Müller als Parteimann. Sie wurden bereits im Dezemberheft 1927 einer Hamburger Monatsschrift veröffentlicht. W.

Oertliche und sächsische Angelegenheiten

Pulsnitz. (Die Verfassungsfeier) findet heute, Sonnabend, nachmittag 6 Uhr, im Sitzungssaale des Amtsgerichts statt. Männer und Frauen sind dazu herzlichst eingeladen. Die Ansprache hält Amtsgerichtsrat Dr. Eichner.

Pulsnitz. (Sonntagsruhe) Der 12. August 1928 ist mit Ausnahme der Geschäfte des Barbier-, Friseur- und Haarformergewerbes geschäftsfrei. Vergleiche Bekanntmachung des Stadtrates in heutiger Nummer.

Pulsnitz. (Der ärztliche Sonntagsdienst) wird am Sonntag, den 12. August 1928 von Herrn Dr. med. Fuchs versehen.

Pulsnitz. (Volksbildungsverein.) Montag, den 13. 8., punkt 20 Uhr: „Wie empfange ich mit einfachen Mitteln elektrische Wellen".

— (Warm aber unbeständig) Der Hochsommer ist nun so weit vorgeschritten, daß er sich seinem Witterungscharakter nach bereits beurteilen läßt und keinerlei Ueberraschungen mehr verheißt. Wie wir an dieser Stelle schon vor Monaten als wahrscheinlich hingestellt hatten, hat er im wesentlichen seinen veränderlichen Charakter beibehalten, wobei allerdings in bezug auf das südliche Mitteleuropa die Einschränkung zu machen ist, daß hier seit Ende Juni das Wetter nicht nur wesentlich beständiger, sondern auch weit wärmer als in ganz Norddeutschland gewesen ist. Der Juli hatte zwar auch im nördlichen Mitteleuropa einen Wärmeüberschuß; dieser ist aber im allgemeinen nirgends sehr erheblich gewesen und durch die kurze Periode sehr großer Hitze während der ersten Monatshälfte verursacht worden. An dem zur Zeit herrschenden Witterungsbild dürfte sich auch bis zum Ende des meteorologischen Sommers nicht mehr viel ändern; auch weiterhin wird der Süden durch höhere Temperaturen geringere Veränderlichkeit vor dem deutschen Norden begünstigt sein.

— (Die Beteiligung am Wiener Sängerfest.) Nach einem Ausweis des Zentralmeldungsamtes der Polizeidirektion haben an dem 10. Deutschen Sängerfest insgesamt 113 322 Personen teilgenommen, davon aus Deutschland 92 248, Oesterreich 12 266, der Tschechoslowakei 5 947, Polen 1 383, Rumänien 569, Amerika 572, Südslawien 193, Dänemark 68, Ungarn 64, Lettland 26.

Kamenz. (Forstfest.) Hier findet vom 19. bis mit 23. August in althergebrachter Weise das historische Forstfest statt. Der Fremdenzustrom nach Kamenz während der Festtage ist mit jedem Jahre gewachsen. Besondere Anziehungskraft üben immer wieder die Kinderfestzüge aus (Montag, den 20. August, nachmittags 1 Uhr und Donnerstag, den 23. August, nachmittags 1/2 2 Uhr). An den Kinderfestzügen beteiligen sich ca. 1 500 Schulkinder. Die reizvolle Einordnung der weißgekleideten und blumengeschmückten Kinder in den Festzug hat seine Wirkung auf die Zuschauer noch nicht verfehlt. Nach den Auszügen lohnt es sich, dem in Stadtforste gelegenen Festplatze einen Besuch abzustatten. Das Forstfest findet seinen Abschluß am Donnerstag abend mit einem Einzuge der Kinder in die illuminierte Stadt.

Lückersdorf. (Schadenfeuer.) Am Donnerstagnachmittag in der 5. Stunde brach im Anwesen des Gutsbesitzers Max Schreier, Brandkat.-Nr. 59, in dem man mit dem Ausdrusch der Ernte beschäftigt war, ein Schadenfeuer aus, das mit rasender Schnelligkeit um sich griff und großen Schaden verursachte. Das Feuer, das durch eine Explosion in der zum Antrieb der Dreschmaschine dienenden Lokomobile oder durch Funkenflug entstanden ist, zündete auf dem Dreschsatz und sprang auf die strohgedeckte Scheune, die vollständig eingeäschert wurde, sowie auf ein an das Wohnhaus angebautes Stallgebäude mit Schuppen und überdachtem Boden über, das ebenfalls bis auf den Unterbau den Flammen zum Opfer fiel. Vernichtet wurden in der Scheune der Ertrag von vier Acker Getreide sowie verschiedene landwirtschaftliche Maschinen und Ackergeräte, in dem Stallgebäude 200 Zentner frisches Heu sowie weitere landwirtschaftliche Maschinen und Geräte. Verbrannt sind ferner ein Hund und ein Ferkel, während zwei in den Ställen befindliche junge Bullen sowie ein zwei Zentner schweres Schwein wegen Rauchvergiftung abgestochen werden mußten. Der dem Brandbetroffenen erwachsene Schaden, der nur zum Teil durch Versicherung gedeckt ist, wird auf 25—30 000 RM beziffert. Auch der Dreschmaschinenbesitzer Bruno Preusche aus Burkau, dessen Dreschsatz auf dem Gute in Tätigkeit war und bis auf die Lokomobile verbrannt ist, wurde schwer geschädigt. Er erleidet einen Schaden von etwa 12 000 RM und hat nur gering versichert. Außer der Ortsspritze waren die der Gemeinden Gelenau, die als erste in Tätigkeit trat, sowie die Motorspritzen von Kamenz und Hennersdorf am Brandort erschienen.

Bautzen. (Oberlausitzer Reit- und Fahrturnier.) Das diesjährige Turnier des Oberlausitzer Reit- und Fahrvereins findet vom 17. bis 19. August in der Husarenkaserne in Bautzen statt. Außer den Pferden der Vereinsmitglieder in Bautzen und der Amtshauptmannschaft werden gegen hundert Pferde von auswärts die Konkurrenzen in Dressur, Jagdspringen und Gespannprüfungen bestreiten.

Löbau. (Feuer in Oppach.) In dem Wohnhause des Installateurs Räuer entstand ein Schadenfeuer, dessen Bekämpfung durch Wassermangel behindert wurde. Das Haus brannte vollständig nieder. Der Schaden ist durch Versicherung gedeckt. Da kurz vorher in nächster Nähe ein Feuerwerk anläßlich des Schützenfestes abgebrannt worden war, vermutet man, daß der Brand durch Funkenflug entstanden ist.

Chemnitz. (Vergiftung in einer Brauerei.) Im Kesselhaus einer Brauerei riß der Riemen eines Schwungrads und schlug den Entöler ab. Die ausströmenden Ammoniakgase betäubten den Maschinisten, der sich jedoch noch bis in den Hof schleppen konnte, wo er bewußtlos zusammenbrach. Die Feuerwehr konnte den Verunglückten ins Leben zurückrufen, doch mußte er ins Krankenhaus übergeführt werden.

Leipzig. (Fünfter Sächsischer Handwerkertag.) Der Landesausschuß des sächsischen Handwerks veranstaltet am 18. und 19. August in Leipzig einen Fünften Sächsischen Handwerkertag, der am Sonnabend abend mit einem Begrüßungskommers eingeleitet wird. In der Hauptveranstaltung am Sonntag vormittag in der Alberthalle werden im Rahmen einer großen öffentlichen Kundgebung Finanzminister Weber über „Finanzpolitik und Handwerkswirtschaft", Obermeister Kuntzsch, M. d. L.-Dresden und Obermeister Kaiser, M. d. L.-Dresden über „Existenzfragen des Handwerks und die Stärkung seines Einflusses in der heutigen Wirtschaftspolitik" und Syndikus Dr. Kunze-Dresden über „Die Stellung des Handwerks zur Sozialpolitik und Jugendfrage" sprechen. Anschließend wird sich ein Festzug zum Völkerschlachtdenkmal gruppieren, vor dem Schlußansprachen der Kundgebung erfolgen.

Gera. (Ein Lichtbilderwettbewerb.) Die Verkehrsinteressengemeinschaft Ostthüringen-Westsachsen veranstaltet zur Erlangung guter Lichtbilder einen Lichtbilderwettbewerb. Der Zweck der Veranstaltung ist, eine Sammlung guter bildmäßiger Aufnahmen zu erlangen, die den Werbeveranstaltungen der Interessengemeinschaft und den ihr angeschlossenen Städten und Gemeinden dienstbar gemacht werden sollen. Für die Preisverteilung steht ein Betrag von 400 Mark zur Verfügung.

Bernstädt. (Vorsicht mit Schußwaffen.) Durch leichtsinniges Hantieren mit einem Tesching ereignete sich wieder einmal ein Unglück. Ein junger Mann vergnügte sich in der Nähe des Bahnhofs mit einer Salonflinte; angeblich wollte er einen Hund verjagen. Der Schuß ging fehl und traf einen Vorübergehenden, dem das Geschoß die Wange durchschlug, so daß ärztliche Hilfe notwendig wurde.

Ein Gesundheitsprogramm des Reichspostministers.

Die Denkschrift für den Verwaltungsrat.

Berlin. Reichspostminister Dr. Schätzel hat dem Verwaltungsrat der deutschen Reichspost einen Bericht über die Tätigkeit der Reichspost auf dem Gebiete der Wohlfahrtspflege überreicht. Nur ein gesundes, arbeitskräftiges und arbeitsfreudiges Personal könne Vollleistungen erzielen. Dieser Gesichtspunkt sei für die Reichspost maßgebend.

Es sei wertvoll, darauf zu halten, daß die Diensträume auch den gesundheitlichen Anforderungen entsprächen. Die Beseitigung der unhygienischen hohen Schalteraufbauten und ihre Ersetzung durch moderne Anlagen sei bereits angeordnet. Auch kräfteschonende Möbel sollen beschafft werden. Als wichtig werden ferner der Gesundheit förderliche Beleuchtungskörper, gründliche Reinigung der Arbeitsräume, regelmäßige Zufuhr frischer Luft, rechtzeitige und ausreichende Erwärmung der Räume, gesundheitlich einwandfreie Abortanlagen und bequem zu erreichende Waschgelegenheiten bezeichnet. Bei Aemtern mit zahlreichem Verkehr sollen

alle Neubauten mit Brausebadanlagen

versehen werden. Gewicht werde ferner gelegt auf Kochgelegenheiten zur Erwärmung mitgebrachter Speisen, auf Herstellung von Dachgärten, die während der Pause zum Unterricht und zum Turnen benutzt werden können, auf wohnlich ausgestattete Unterkunftsräume für Bahnpostbeamte an Uebernachtungsorten und auf guten Bilderschmuck und Haltung von Blattpflanzen zur Erweckung eines Behaglichkeitsgefühls in den Büro- und Betriebsräumen. Für die Benutzung des Dienstgartens des Reichspostministers sei bereits Anweisung in diesem Sinne ergangen. Schließlich sei erforderlich, daß die Betriebsgeräusche zur Schonung des Personals durch entsprechenden Fußbodenbelag oder sonstwie in jeder Weise herabgemindert werden.

Unter einem besonderen Abschnitt werden Maßnahmen zur Hebung der persönlichen Wohlfahrt des Personals erörtert und darauf verwiesen, daß für die Wohnungsfürsorge in der Nachkriegszeit über 100 Millionen Mark aufgewendet und dafür 18 300 Wohnungen hergestellt worden seien. Für die Tuberkulosebekämpfung werde jährlich eine halbe Million Reichsmark aufgewendet.

Deutschnationale und Dr. Luthers Reichsreform.

Berlin. Zu der Zuschrift des Reichskanzlers a. D. Dr. Luther teilt die deutschnationale Pressestelle folgendes mit: „Die Deutschnationale Volkspartei widmet der unbedingt notwendigen Reform der Reichsverfassung seit längerer Zeit ernsteste Aufmerksamkeit. Sie begrüßt deshalb jeden durchgearbeiteten Vorschlag, der die öffentliche Erörterung der Reform fördert. Wenn aber die Vorschläge, die der Herr Reichskanzler Luther bearbeitet hat, in der Hauptsache darauf hinauslaufen, Preußen mit dem überwiegenden Teile Norddeutschlands in ein Reichsland zu verwandeln, so muß zunächst daran erinnert werden, daß dieser Vorschlag nicht nur auf der Länderkonferenz, nicht nur von der einen oder von der anderen Seite, sondern ganz allgemein abgelehnt worden ist.

Er widerspricht sich entschieden mit den wiederholt bekanntgegebenen Auffassungen und Plänen der Deutschnationalen Volkspartei, weil er nicht geeignet ist, die Verwaltung wirklich sparsamer, einfacher und einheitlicher zu gestalten, und weil ihm andererseits vom staatspolitischen Standpunkte nicht minder des gesamten Reiches wie Preußens aus unüberwindliche Bedenken entgegenstehen. (Ausschaltung Preußens als Staat, Deklassierung preußischer Landteile oder Begünstigung neuer Kleinstaaterei, Gefahr einer Mainlinie, schädliche Rückwirkungen auf die österreichische Anschlußfrage u. a.) Dazu kommt, daß alle Vorschläge an der Kernfrage der Reform vorübergehen, wenn sie sich auf das Verhältnis zwischen Reich und Ländern beschränken.

Jede Reform wird ihren Zweck verfehlen, die nicht auf Beseitigung der Ueberparlamentarisierung unseres öffentlichen Lebens und auf Einschränkung der absolutsen Alleinherrschaft wechselnder Parlamentsmehrheiten gerichtet ist. Die Deutschnationale Volkspartei wird sich nicht mit einer ablehnenden Politik begnügen, die sich dem Reichslandvorschlag entgegenzustellen hat, sondern mit eignen positiven Vorschlägen hervortreten, die auf der Grundlage der Parteientschließung vom 7. Dezember v. J. von ihr in ständiger Arbeit vorbereitet werden."

Finanzminister Dr. Höpker-Aschoff zu den Leitsätzen Dr. Luthers

Berlin, 11. August. In der „Vossischen Zeitung" veröffentlicht der preußische Finanzminister Dr. Höpker-Aschoff Bemerkungen zu den Leitsätzen des „Bundes zur Erneuerung des Reiches" und setzt sich dabei mit den ablehnenden Kritiken an diesen Leitsätzen auseinander. Er kommt zu dem Schluß, daß die Grundgedanken der Leitsätze Dr. Luthers bis auf manche Mängel in den Einzelheiten richtig seien. Man müsse sich hüten, sie von vornherein zu verdammen und die weiteren Veröffentlichungen einer sorgfältigen Prüfung unterziehen.

Die „Lebensstellung" der Angestellten.

Eine viel mißbrauchte Redensart.

Die bei Anstellungen sehr häufig gebrauchte Redensart, es handle sich um eine „Lebensstellung", ist, wie uns mitgeteilt wird, rechtlich bedeutungslos. Eine Anstellung auf Lebenszeit ist nur dann zustande gekommen, wenn sie klar in die besonders getroffenen Abmachungen aufgenommen ist. Selbstverständlich darf das Verhalten des Arbeitgebers nicht gegen die guten Sitten verstoßen, z. B., wenn ein Angestellter durch den ausdrücklichen Hinweis auf eine „Lebensstellung" veranlaßt wird, die Stellung zu wechseln und dann nach kurzer Zeit ohne Grund die Kündigung bekommt. Daß für diesen Fall der Vertrag unter allen Umständen schriftlich abgeschlossen wird, liegt im Interesse beider Parteien, besonders aber in dem des Angestellten. Gegen eine übermäßige Bindung zu seinen Ungunsten hilft ihm § 624 BGB., der bestimmt, daß auf Lebenszeit oder für länger als fünf Jahre eingegangene Dienstverhältnisse vom Dienstverpflichteten nach dem Ablauf von fünf Jahren mit sechsmonatiger Kündigungsfrist gekündigt werden können.

Für Unabhängigkeit Chinas, Indiens und Aegyptens.

Entschließungen der Sozialisten-Internationale.

Brüssel. Die internationale Sozialistentagung erließ eine Kundgebung, in der gegen die Rüstungen der Völker und gegen die Bedrückung der nationalen Minderheiten protestiert wurde. Die Kundgebung erinnert die Alliierten an ihre Versprechungen hinsichtlich der Rheinlandräumung und der Wiederherstellung der deutschen Hoheit im Saargebiet. Der Bolschewismus sei zu verurteilen.

In einer Entschließung wird die Unabhängigkeit Chinas und der indischen Völker gefordert. Die Internationale unterstütze die Forderung nach Selbständigkeit Aegyptens. Im übrigen forderte der Kongreß für alle kolonialen Gegenden die Politik der offenen Tür, vollkommene Gleichheit aller